

Straubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 41

Julian, Irmgard, Bonifaz – Freitag, 19. Februar 2016 – Peter Brullius

1,40 € / B 6527 A

LOKALES

Seelisch beeinträchtigte Menschen in Bogener Laden beschäftigt

REGIONALES

Flüchtlingssituation: Sozialministerin Müller informiert sich vor Ort

BAYERN

Ex-Mitarbeiterin belastet Haderthauer in Modellbau-Affäre

WIRTSCHAFT

Online-Konkurrenz verschärft den Druck auf die Autohäuser

SPORT

Für immer Bayern? – Exklusiv-Interview mit Thomas Müller

EU-Kommission rügt österreichische Flüchtlingspolitik

Brüssler Krisengipfel fordert Ende der „Politik des Durchwinkens“ – Streit um Reformen für Cameron

Brüssel. (dpa) Die österreichischen Obergrenzen für Flüchtlinge haben beim Brüsseler Krisengipfel für Protest und neue Spannungen unter den EU-Chefs gesorgt. Die EU-Kommission sieht internationales Recht verletzt und fordert ein Überdenken der Maßnahmen. Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann hielt dem entgegen: „Juristische Meinungen werden von Juristen beantwortet. Politisch sage ich: Wir bleiben dabei.“

Die Begrenzung der Zahl von Asylanträgen in Österreich sei nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Genfer Konvention sowie mit Artikel 18 der EU-Grundrechtscharta vereinbar, schrieb EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos nach Wien. Italiens Regierungschef Matteo Renzi sagte: „Wir können uns nicht vorstellen, den Brenner zu schließen.“ Der Brenner-Pass verbindet Italien mit Österreich.

Wien hatte zuvor Tagesobergrenzen von 3200 Flüchtlingen festgelegt, die nach Deutschland weiterreisen wollen. Zudem ist für Österreich eine Höchstzahl von täglich 80 Asylanträgen an der Südgrenze geplant. Damit soll die Jahresobergrenze von 37500 Asylbewerbern eingehalten werden. Die EU-Kommission kritisiert nicht nur die Beschränkung von Asylanträgen, sondern auch die geplante Transitregelung. Das Schreiben des Kommissars liegt der dpa vor.

Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen in der Flüchtlingskrise

ein Ende der „Politik des Durchwinkens“ fordern – das geht aus der vorbereiteten Gipfel-Abschlussklärung hervor. Sie sehen demnach die Flüchtlingsbewegungen auf der Balkanroute mit „tiefer Besorgnis“. Auch mögliche Entwicklungen auf anderen Wegen müssten beobachtet werden, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können.

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Zusammenarbeit mit der Türkei weiter Priorität. Der EU-Türkei-Aktionsplan zur Sicherung der Außengrenze, zum Kampf gegen Schlepper und für legale Wege der Migration werde weiter umgesetzt, sagte sie. Sie setze dabei weiter auf eine gesamteuropäische Politik. „Wir wollen eine Lösung der 28.“

Bei den Verhandlungen über die von Großbritannien geforderten Reformen ist es beim EU-Gipfel zum erwarteten Streit gekommen. Über mehrere Punkte konnten die Staats- und Regierungschefs in einer ersten Diskussionsrunde keine Einigung erzielen. EU-Gipfelchef Donald Tusk habe deshalb ein Treffen in kleiner Runde mit dem britischen Premier David Cameron und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker nach dem Abendessen angesetzt, berichteten EU-Diplomaten am späten Abend in Brüssel.

Juncker hatte schwierige Verhandlungen vorhergesagt. Es gebe noch erheblichen Gesprächsbedarf, sagte er kurz vor Beginn des Gipfels. Am Ende des Tages werde die Sache aber gelaufen sein.

Seite 5/Kommentar Seite 2



KLAUS AUGENTHALER WIRD NEUER TRAINER DES SIEBTLIGISTEN SV DONAUSTAUF: Wie der Oberpfälzer Bezirksligist gestern mitteilte, wird der Fußball-Weltmeister von 1990 ab Sommer seinen Posten antreten, aber schon jetzt als Berater für den Verein tätig sein. „Nicht nur durch meine niederbayerische Herkunft fühle ich mich der Region und dem Verein eng verbunden“, sagte der 58-jährige Augenthaler bei seiner Vorstellung. Sport

Dienstleistung für Ehrenamtliche

Koordinierung von Flüchtlingshilfe am Freiwilligenzentrum angesiedelt

Straubing. (mon) Die Bereitschaft von Bürgern, sich ehrenamtlich für Flüchtlinge zu engagieren, ist ungebrochen. Das ist die Erfahrung im Freiwilligenzentrum, das 15 Jahre Erfahrung in der Vermittlung Ehrenamtlicher hat. Die Anfragen haben in den vergangenen Monaten allerdings auch Ämter und Institutionen zusätzlich an die Kapazitätsgrenze gebracht. Deshalb haben sich Stadt und Landkreis entschlossen, je zur Hälfte eine Stelle zu finanzieren, die ehrenamtliches Engagement speziell im Bereich der Flüchtlingshilfe bündelt, berät und begleitet. Sie ist am Freiwilligenzentrum angesiedelt.

Martin Schaller, ursprünglich Diplom-Theologe, mit Erfahrung in der Jugend- und Behindertenarbeit sowie Erwachsenenbildung, hat sich beruflich neu orientiert und ist dort eingestiegen. Er versteht sich als Dienstleister und will aus vielen Puzzleteilen ein Gesamtbild for-



Ehrenamt steht hoch im Kurs in der Flüchtlingshilfe. Aber dieses Engagement will koordiniert sein. (Symbolfoto)

men. Nicole Eimer und Tanja Wolf vom Freiwilligenzentrum können sich jetzt wieder auf ihr eigentliches Arbeitsfeld konzentrieren, die Begleitung und Vermittlung allgemei-

nen sozialen Engagements. Denn das verzeichnet trotz Flüchtlingskrise nicht weniger Nachfrage, weder vonseiten potenzieller Freiwilliger noch Adressaten dieser Hilfe.

Lkw-Fahrer ist schuld an Zugunglück

Freihung. (pah) Die Fehlentscheidung eines Lastwagenfahrers hat das Zugunglück mit zwei Toten und mehreren Verletzten im November in Freihung (Kreis Amberg-Weilburg) verursacht. Der 30-Jährige hatte versucht, den Bahnübergang mit seinem schwer beladenen Sattelzug zu überqueren. Er hätte aber laut Polizei erkennen müssen, dass das nicht möglich ist. Das Fahrzeug blieb hängen, der mit Tempo 145 herannahende Zug krachte dagegen. Der Zugführer hatte keine Chance zu bremsen. Seite 12

Türkei macht PKK für Anschlag verantwortlich

Verbotene Arbeiterpartei und die YPG dementieren – 14 Personen festgenommen

Istanbul. (dpa) Die türkische Regierung hat die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und ihren bewaffneten syrischen Ableger YPG für den verheerenden Anschlag von Ankara verantwortlich gemacht. Ministerpräsident Ahmet Davutoglu sagte gestern, ein 1992 in Syrien geborener Selbstmordattentäter der YPG habe die Tat mit Unterstützung der „separatistischen Terrororganisation“ PKK verübt. Sowohl die PKK als auch die YPG dementieren eine Beteiligung.

Davutoglu sagte, bei den Todesopfern handele es sich um 27 Soldaten und einen Regierungsmitarbeiter. Mehr als 60 Menschen wurden verletzt. Der Angriff vom Mittwoch galt Soldaten, die im Regierungsviertel von Ankara in einem Bus-

Konvoi der Armee unterwegs waren. Laut Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan wurden 14 Menschen in Verbindung mit dem Anschlag festgenommen. Die Verantwortlichen seien durch „Informationen und Belege“ des „Innenministeriums und der Geheimdienste“ ausfindig gemacht worden, sagte er.

Die Gewalt im Kurdenkonflikt in der Türkei eskalierte unterdessen weiter. Nach dem Selbstmordattentat in Ankara wurden bei einem mutmaßlichen PKK-Bombenanschlag auf die Armee in der Südosttürkei mindestens sechs Soldaten getötet, wie die Streitkräfte mitteilten. Die türkische Luftwaffe flog nach dem Anschlag Bombenangriffe auf PKK-Stellungen im Nordirak. Davutoglu sagte, dabei seien 70

PKK-Kämpfer getötet worden, darunter Anführer der Organisation.

Davutoglu kündigte Vergeltung für den Anschlag von Ankara an. Zugleich erhob er schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Damaskus. „Die YPG ist eine Marionette des syrischen Regimes, und das syrische Regime ist direkt verantwortlich für diesen Anschlag. Wir behalten uns das Recht vor, jede Art von Maßnahme gegen das syrische Regime zu treffen.“ Die Türkei werde den „verräterischen Elementen und Marionetten der äußeren Mächte ohne zu zögern auf härteste Weise entgegenzutreten“. Die syrische Kurdenpartei PYD – deren bewaffneter Arm die YPG ist – wies jede Verantwortung für den Anschlag zurück. Bundeskanzlerin Angela Merkel

(CDU) telefonierte mit Regierungschef Davutoglu und Staatspräsident Erdogan und sicherte der Türkei Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus zu. Den Familien der Opfer des Anschlags sprach sie ihre Anteilnahme aus.

Die regierungsnahen Zeitung Sabah berichtete unter Berufung auf Sicherheitskreise, der Selbstmordattentäter habe sein mit Sprengstoff beladenes Auto in den Konvoi mit Bussen der türkischen Armee gesteuert und zur Explosion gebracht. Der Polizei sei es gelungen, den Angreifer anhand seiner Fingerabdrücke zu identifizieren. Diese seien dem Mann abgenommen worden, als er vermutlich gemeinsam mit syrischen Flüchtlingen in die Türkei gekommen sei. Kommentar Seite 2

Anzeigenservice • 09421/940 6200

5 0307
4 190652 701403

Vertriebsservice • 09421/940 6400